

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Gesetzesinitiative der LGU für Landwirtschaftszone?

Schutzgebiet Garselli, Schafalpung und Helikopterflüge weitere Schwerpunkte an der diesjährigen Generalversammlung in Schaan

(mö) - Eine Unterkommission der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) prüft derzeit die Möglichkeit, eine Gesetzesinitiative für die Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone vorzubereiten. Gemäss neuem Modell soll dabei der «schwarze Peter» den Gemeinden zugespült werden. Dies gab LGU-Präsident Dr. Peter Goop am Montagabend an der diesjährigen Generalversammlung bekannt. Nach einer sehr speditiven Abwicklung der statutarisch notwendigen Geschäfte standen vor allem auch die Schaffung eines alpinen Schutzraumes in Garselli, die Schafalpung in Liechtenstein und die Grenzen eines vernünftigen Helikoptereinsatzes im Mittelpunkt der Kurzreferate von Vorstandsmitgliedern und der anschliessenden Diskussion.

Im Rahmen der üblichen statutarischen Geschäfte hatte die Versammlung im Schaaner Freizeitzentrum Resch vorerst einen Nachfolger für das zurücktretende Vorstandsmitglied Dr. Franz Rederer zu bestimmen, der in der Person von Architekt Heinz Frick aus Ruggell (Autor der laufenden VOLKSBLATT-Serie «Bauen mit der Natur») gefunden wurde. Die Jahresrechnung mit einem Gewinnsaldo von rund 17'000 Franken wurde einstimmig genehmigt und die Jahresbeiträge für Mitglieder in bisheriger Höhe belassen.

Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit

In seinem Jahresbericht konnte LGU-Präsident Dr. Peter Goop auf eine Vielzahl von Aktivitäten hinweisen. Vor allem im Bereich Öffentlichkeitsarbeit hat sich einiges getan. So erschien anfangs November die erste Nummer der neuen LGU-Mitteilungen, in denen der Vorstand die Mitglieder in kürzeren, regelmässigen Abständen über die Aktivitäten und Veranstaltungen informieren möchte. Der Liechtensteiner Umweltbericht geht in Zukunft an alle Haushaltungen. Um den vielen Aufgaben nachzukommen, wurde ausserdem im letzten Frühling mit Wilfried Marxer aus Schaanwald, der an der Generalversammlung eine nachdenklich stimmende «Verlustbilanz» für unsere Naturräume in Wort und Bild präsentierte, ein Geschäftsführer angestellt. Des Weiteren wurde in Schaan eine neue Geschäftsstelle eröffnet. Die Teil-

Dohnanyi regiert in Hamburg vorläufig mit Minderheitsrat

Hamburg (spk/dpa) Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) wird nach der verheerenden Wahlniederlage seiner Partei am vergangenen Sonntag mit einem SPD-Minderheitsrat weiterregieren und denkt nicht an einen Rücktritt. Das sagte der SPD-Landesvorsitzende Ortwin Runde am Dienstag in einem Interview des Norddeutschen Rundfunks. Am Montagabend hatte die Parteispitze beraten.

Der Senat sei von der Bürgerschaft noch zur vorläufigen Haushaltsführung ermächtigt worden, «so dass zunächst einmal auf dieser Grundlage dann der Senat auch weiter regieren kann». Dann werde es um die Frage des Haushalts 1987 gehen. Die SPD werde sehen, «ob und wie wir zur Verabschiedung eines Haushalts kommen können», die für April 1987 vorgesehen ist.

Die SPD werde «ganz selbstverständlich» mit allen im Parlament vertretenen Kräften sprechen, sagte Runde. Er könne sich aber nur schwer vorstellen, dass der linke Parteiflügel ein Bündnis mit der CDU mittragen würde. Mit der Grün-Alternativen Liste (GAL) gebe es «nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten».

Nach Ansicht des Oppositionschefs Helmut Perschau (CDU) ist die SPD «so durch den Wind, dass man überhaupt noch nicht vernünftig mit ihr reden kann». Perschau bekräftigte im Norddeutschen Rundfunk das Angebot der CDU, die stärkste Fraktion im Landesparlament wurde, zu einer Grossen Koalition.

nahme am Rheinfest und an der LIHGA, Pflegearbeiten im Ruggeller Riet und häufigere Artikel in den Landeszeitungen trugen schliesslich ihren Teil dazu bei, die vielseitige Arbeit nach aussen hin zu dokumentieren. Auch die Kontakte zu Regierung und Amtsstellen wurden intensiviert. Dr. Goop zeigte sich erfreut darüber, dass der Landesbeitrag von 30'000 auf 75'000 Franken angehoben wurde. Die wichtigsten Themen, die die LGU beschäftigten und teils auch in Zukunft noch beschäftigen werden, waren u. a. die KVA Buchs, das Mühlehölzle in Vaduz, die Schafalpung, das Garselli, die Landwirtschaftszone, das Waldsterben, die Rheinkraftwerke, die Gewässerschutzzone und das Ferienhausgebiet Stachler.

Doch angesichts der eher mageren Erfolgsbilanz fragte der LGU-Präsident etwas nachdenklich: Was haben wir bewirkt? Wie können wir mehr Effizienz erreichen?

Garselli und Landwirtschaftszone

Die Schutzwürdigkeit des Garselli-Gebietes ist bereits vor vielen Jahren erkannt worden. Vor kurzem hat nun die LGU ein umfassendes Diskussionspapier den Behörden unterbreitet (wir berichteten ausführlich darüber), das konkrete Vorstellungen über ein grösserflächiges Schutzgebiet im Unteren Saminatal enthält. In seinem sehr engagierten Votum sprach sich der frühere Landesforstmeister Eugen Bühler dafür aus, diese charakteristische Ecke Liechtensteins als alpines Schutzgebiet mit seiner vielseitigen Pflanzen- und Tierwelt ohne jegliche Ein-



Nebst den statutarisch notwendigen Geschäften befasste sich die LGU-Generalversammlung in Referaten und Diskussionen mit den vier aktuellen Themenbereichen Garselli, Landwirtschaftszone, Schafalpung und Helikopterflüge. Stehend der frühere Forstmeister Eugen Bühler während seines engagierten Votums zum alpinen Schutzgebiet Garselli, links LGU-Präsident Dr. Peter Goop. (Bild: Brigitt Risch)

griffe zu erhalten. Ökonomisch bringe das Garselli nichts, ökologisch jedoch sehr viel.

Bezüglich Schaffung einer Landwirtschaftszone habe sich der Vorstand laut Dr. Peter Goop vorerst mit einer Verfassungsinitiative befasst, doch sei er zum Schluss gekommen, dass diese nicht viel bringe. Deshalb prüfe die LGU nun die Möglichkeit einer Gesetzesinitiative. Als neuen Weg könnte man sich dabei vorstellen, dass jede Gemeinde eine bestimmte Hektarfläche Landwirtschaftsboden ausschneiden würde. Das neue Modell hätte den Vorteil, dass die Gemeinden eine gewisse Flexibilität behalten und in

ihre Autonomie nicht eingeschränkt würden. Nachteile könnten sich hierbei im Vollzug (z. B. in Triesenberg, wo noch provisorische Planungsvorschriften gelten) ergeben. Zudem müsste Gewähr gegeben werden, dass nur guter Landwirtschaftsboden ausgeschieden würde.

Schafalpung und Helikopterflüge

Mit rund 2500 Tieren ist in Liechtenstein heute ein Höchstbestand an Schafen erreicht worden. An der Schafalpung stossen sich jedoch die Geister. Gemäss den Ausführungen von Mario F. Broggi

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bank-Rennen um Ausgabe von Partizipationsscheinen

Zeichnungsfrist der Bank in Liechtenstein läuft bereits, Ausgabe der Landesbank mit Verzögerungen

Unter den drei liechtensteinischen Bankinstituten zeichnet sich gegenwärtig ein Trend in Richtung verstärktes wettbewerbsorientiertes Verhalten ab. Die Runde der Zinssenkungen für Hypothekarscheine wurde von der Liechtensteinischen Landesbank vor wenigen Tagen eingeleitet, während bei der Ausgabe der Partizipationsscheine die Bank in Liechtenstein vor der Landesbank das Rennen machte. Den Freiraum für ihre Entscheidungen, den die Banken trotz ihrer Zusammenarbeit im Bankenverband besitzen, nutzen die drei Bankinstitute offensichtlich intensiver als in früheren Jahren.

Als die Liechtensteinische Landesbank am vergangenen Freitag die generelle Senkung ihrer Hypothekarzinsen der Öffentlichkeit bekanntgab, waren die beiden anderen Banken über dieses Vorgehen zwar informiert worden, doch reichte für ein gleichzeitiges Nachziehen die kurze Zeitspanne zwischen der im Bankenverband erfolgten Information und der Veröffentlichung in der Presse nicht aus. Die Landesbank, ihren traditionell hohen, aber in den letzten Jahren stetig leicht gesunkenen Anteil am Hypothekengeschäft verteidigend, hatte sich offensichtlich bei den ersten Anzeichen von Zinsreduktionen bei den Schweizerischen Kantonalbanken die Kompetenz zur Anpassung der Zinssätze geben lassen und die Entscheidung zum Zeitpunkt bekanntgemacht, als die Hypothekarzinsen in der Schweiz reihenweise ins Rutschen kamen.

Nachziehen der anderen Banken

Der Bank in Liechtenstein (BiL) und der Verwaltungs- und Privat-Bank (VPB) bleibt nach dieser Vorreiterrolle der Landesbank wohl nicht viel anderes übrig, wie Sprecher auf eine entsprechende Anfrage erklärten, als die Zinsbeschlüsse der Landesbank, vielleicht mit gewissen Modifikationen, in naher Zukunft nachzuziehen. Hatte die Landesbank also beim Hypothekengeschäft die Startblöcke vor den anderen verlassen, so ist sie im PS-Geschäft trotz frühzeitiger Ankündigung eindeutig auf den zweiten Platz zu-

rückversetzt worden. Offenbar ist den Verantwortlichen der Landesbank, nachdem die BiL zu einem erfolgreichen Überholmanöver angesetzt hatte, die Lust auf die Ausgabe der Partizipationsscheine auf den Jubiläumstag am 6. Dezember etwas vergangen. Jedenfalls deutete Landesbank-Direktor Karlheinz Heeb vor der Presse gewisse Verzögerungen an, die eine Herausgabe in diesem Jahr nicht mehr wahrscheinlich erscheinen liessen.

Finanzhoheit des Landtags

Die PS-Ausgabe der Landesbank gestaltet sich, da es sich um eine Staatsbank handelt, schwerfälliger als bei einem anderen Institut. Damit hängt auch zusammen, dass der Landtag sich zuerst klar werden musste, welchen Einfluss die politischen Gremien auf die PS-Ausgabe generell und in diesem speziellen Fall ausüben sollten. Einzelnen Landtagsabgeordneten war offenbar nicht genug, dass

das Parlament nur den Rahmen festlegen könne, sondern pochten auf die Finanzhoheit des Staates in einer derartigen Angelegenheit, während aus Landesbank-Kreisen der Ruf ertönte, die Modalitäten der PS-Ausgabe sollten von der Bank allein festgelegt werden. Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter, Verwaltungsrat der Bank in Liechtenstein (BiL), beispielsweise sagte während der Beratung: «Ich bin der Meinung, dass es Sache des Staates ist, beziehungsweise des Landtags als Inhaber der Finanzhoheit, zu bestimmen, zu welchem Zeitpunkt, in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen Partizipationskapital ausgegeben werden soll.» Über diese entscheidenden Punkte ist derzeit noch wenig bekannt: Der Zeitpunkt scheint in Schwebelage, die Bedingungen werden sich voraussichtlich von denen anderer Bankinstitute unterscheiden, da es keine Bevorzugungen geben soll, die Höhe des Ausgabepreises steht noch zur Diskussion. (G. M.)

Zwei Geiseln in Libanon freigelassen

Paris dankt Syrien für seine Freilassungsbemühungen

Paris (spk/dpa) Die französische Regierung hat am Dienstag Syrien für «seine Rolle bei der Freilassung» von zwei monatelang als Geiseln in Libanon festgehaltenen Franzosen gedankt. Es handelt sich um den 84-jährigen Camille Sontag und den 54-jährigen Marcel Coudari, die im Mai und im Februar dieses Jahres in Beirut entführt worden waren.

Die beiden wurden in der Nacht zum Dienstag nach der Freilassung durch die «Revolutionäre Gerechtigkeitsorganisation» von Beirut nach Damaskus gebracht. Dort wurden sie vom Aussenministerium nach Augenzeugenberichten in guter Verfassung einer französischen Delegation übergeben, die mit einem Sonderflugzeug von Paris nach Damaskus geflogen war. Es wurde erwartet, dass beide am Nachmittag nach Frankreich geflogen würden.

Die «Revolutionäre Gerechtigkeitsorganisation» hatte die Freilassung am Montag angekündigt und sie als eine Geste des guten Willens gegenüber Frankreich bezeichnet. Sie entspreche auch den Wünschen der arabischen und syrischen Vermittler. Gleichzeitig wurde die Freilassung eines dritten Franzosen angekündigt. Bis dahin befinden sich noch sechs Franzosen in den Händen von Entführern in Libanon.

Das französische Aussenministerium betonte in seinem Dank an Damaskus, es hoffe, dass auch die übrigen Geiseln bald freikämen. In dem in Paris veröffentlichten Communiqué wird indirekt auf die französische Nahostpolitik verwiesen, die jeden Bruch mit Syrien vermeiden will: «Diese neue Freilassung gehört in den Rahmen der regelmässigen Kontakte, die die Regierung mit den verschiedenen Ländern der Region unterhält.»

Satelliten-Fernsehen

Das Seilziehen um die Satelliten-Programme über die Liechtensteinische Grossantennenanlage (LGGA) hat ein Ende gefunden. Nach einer Mitteilung der LGGA können ab heute offiziell die Sender Bayern 3, RAI uno, RTL plus und Musicbox (BRD) zusätzlich empfangen werden. Die LGGA hat damit gegenüber der privaten Verkabelung im Unterland nachgezogen. Wie Bruno Matt, der Inhaber der Antennentechnik AG, auf Anfrage erklärte, sind in Eschen, Mauren, Schaanwald und Nendeln bereits seit knapp einem Jahr die Satellitensender RAI uno, RTL plus und SAT 1 zu empfangen. Bayern 3 ist noch nicht dabei, doch soll er in absehbarer Zeit ebenfalls in die Anlage aufgenommen werden.

Siehe die Mitteilung der LGGA im Innern der heutigen Ausgabe.

Wurde der Firma Sandoz Versicherung verweigert?

Zürich/Bonn (spk/dpa) Die Zürich-Versicherung habe es 1981 abgelehnt, Lagerhallen für Chemiekalien der Sandoz zu versichern, weil zu wenig Brandbekämpfungsanlagen installiert worden seien. Diese Behauptung hat Hannegret Hones, Sprecherin der «Grünen» im Deutschen Bundestag, am Dienstag in Bonn gemacht. Die Versicherungsgesellschaft wollte auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

Sandoz wurde in einer Expertise der Zürich-Versicherung auch darüber informiert, so der Sprecher der «Grünen», dass im Falle eines Brandes Löschwasser in den Rhein gelangen könnte. Zudem habe die Versicherung die Installation von Sprinkleranlagen und den Ausbau von Löschwasser-Sammelbecken gefordert. Der Chemiekonzern sei den Forderungen jedoch nicht nachgekommen und habe bei der deutschen Gesellschaft «Gerling» eine Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen.

Umweltminister beraten heute über Rheinverschmutzung

Bern (spk) Alle von Schweizer Bundespräsident Alphons Egli eingeladenen Länder werden am Mittwoch an der Umweltministerkonferenz der Rheinanliegerstaaten in Zürich teilnehmen. Von Deutschland wird Bundesumweltminister Walter Wallmann und von Frankreich Umweltminister Alain Carignon anreisen. Einen hochrangigen Vertreter entsende auch die Europäische Gemeinschaft (EG). Clinton Davis, Mitglied der EG-Kommission, wird selbst an der Konferenz teilnehmen.

Dies war am Dienstag mittag aus den zuständigen Departementen im Bundeshaus zu erfahren. Die niederländische Ministerin für Verkehr und Wasserwirtschaft, Neelie Smit-Kroes, die selbst eine solche Konferenz angeregt hatte, kann nicht selber am Treffen in Zürich teilnehmen. Sie werde aber einen Vertreter entsenden, verlaute weiter. Auch der Umweltminister von Luxemburg wird nicht selber anwesend sein, aber einen Stellvertreter schicken.

An der Konferenz, für die der schweizerische Bundespräsident Alphons Egli am Montag die Initiative ergriffen hatte, werden die Folgen der Chemiekatastrophe bei der Sandoz in Schweizerhalle beraten. Die Konferenz beginnt um 14.30 Uhr.

Tebiva

Richard Biedermann
Büromöbel
Teppiche
Inneneinrichtungen

9490 Vaduz · Kirchstrasse 59
Telefon 075 / 254 89